

Vor großen Herausforderungen

**Standort aufwerten, Strukturwandel fördern,
Zukunft sichern**

**Positionen der IHK Saarland zur
Landtagswahl am 27.03.2022**

Inhalt

- A. Den Strukturwandel gestalten – die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre**

- B. Die wichtigsten Handlungsfelder**
 - I. Strukturelle Transformation begleiten und Industriestandort Saarland sichern
 - II. Standortattraktivität erhöhen, Standortkosten senken
 - III. Landes- und Kommunalfinanzen sichern, öffentliche Investitionen steigern
 - IV. Landesbauordnung verschlanken, Brandschutz maßvoll gestalten, Flächenpolitik zukunftsgerichtet betreiben
 - V. Demografischen Wandel gestalten, Arbeitskräfte- und Fachkräftesicherung vorantreiben
 - VI. Saar-Hochschulen bedarfsorientiert ausrichten
 - VII. Nachhaltige Mobilität und Verkehrsinfrastruktur fördern
 - VIII. Digitale Infrastruktur ausbauen, Digitalisierung und Innovationen vorantreiben
 - IX. Rahmenbedingungen für Gründungen verbessern
 - X. Attraktivität der Innenstädte erhöhen

Vor großen Herausforderungen

Standort aufwerten, Strukturwandel fördern, Zukunft sichern

A. Den Strukturwandel gestalten – die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre

Die kommende Legislaturperiode wird entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Saarland. Die zentrale Herausforderung ist es, die strukturelle Transformation so zu gestalten, dass die Wettbewerbsfähigkeit des industriellen Kerns bewahrt und zugleich die Wirtschaft weiter diversifiziert wird. Dies erfordert von einer neuen Landesregierung eine konsistente Strategie mit konkreten Projekten und Maßnahmen. Vor allem aber entschlossenes und zielgerichtetes Handeln. Denn neue Technologien und Wettbewerber sowie die Verschärfung der Klimaschutzziele auf europäischer und nationaler Ebene setzen die Saarindustrie unter massiven Anpassungsdruck – insbesondere die Stahlindustrie und die Automobilwirtschaft. Geradezu wie ein Krisenbarometer wirken die Diskussionen um die Zukunft strukturprägender Unternehmen wie Ford, Saarstahl oder ZF. Der Verlust auch nur eines dieser Werke schläge direkt auf die Wirtschaftsleistung, den Arbeitsmarkt und damit auf die Finanzkraft von Land und Kommunen durch. Mehr noch: Aufgrund der Verflechtungen mit anderen Sektoren der Saarwirtschaft bestünde die reale Gefahr eines Dominoeffekts mit negativen Folgen auch für weite Teile des Mittelstandes.

Der Blick auf die Wachstumszahlen unterstreicht den erheblichen Handlungsbedarf. Seit der Jahrtausendwende verzeichnet das Saarland noch nicht einmal ein Drittelwachstum gegenüber dem Bund – der Durchschnitt der jährlichen Wachstumsraten betrug deutschlandweit real 1,1 Prozent, hierzulande lediglich 0,3 Prozent – und alle Aufholversuche wurden durch die Krisen der letzten Jahre konterkariert. Besonders einschneidend war die Finanzkrise 2008/2009. Die Corona-Pandemie beweist nun erneut, wie sehr derartige exogene Schocks die Saarwirtschaft treffen.

Die Gründe für das schwache Wirtschaftswachstum im Saarland sind seit langem bekannt: Zu geringe öffentliche und zu schwache unternehmerische Investitionen – letztere sind auch eine Folge zu hoher Standortkosten – sowie ein überdurchschnittlicher Rückgang der Bevölkerung und damit der Erwerbspersonen.

In der Summe entsteht so im Zeitablauf eine Abwärtsspirale, aus der sich nur schwer ausbrechen lässt. Denn das anhaltend schwache Wirtschaftswachstum verschärft beispielsweise die Haushaltslage der öffentlichen Kassen. Die schwachen Landes- und Kommunalfinanzen erhöhen wiederum den Stau bei den notwendigen öffentlichen Investitionen. Dieser zeigt sich augenfällig im Erscheinungsbild unserer Innenstädte und Ortskerne sowie in verminderten Möglichkeiten, Investoren ins Land zu holen, wodurch wiederum das Wachstum in den Folgejahren weiter zurückfällt.

Kurzum: Die Lage ist ernst. Das Saarland muss einmal mehr zeigen, dass es Strukturwandel kann. Es muss darum gehen, in einem gemeinschaftlichen Kraftakt, der über die nächste Legislaturperiode hinausgeht, die Transformation zur klimaneutralen Wirtschaft zu bewältigen und tragfähige Zukunftsperspektiven für Innovationen, Wachstum, Beschäftigung und damit für mehr Wohlstand zu entwickeln. Damit ist insbesondere die Politik gefordert. Durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen muss sie dem Strukturwandel Schwung und Richtung verleihen. Anders gewendet: Die kommende Landesregierung muss in ihrer Legislaturperiode die Weichen für eine höhere Wirtschafts- und Steuerkraft durch mehr Investitionen stellen.

Wir – die IHK Saarland – sind bereit, der Politik auf diesem Weg mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Die vorliegenden, von uns erarbeiteten prioritären Handlungsfelder liefern einen ersten Beitrag dazu. Damit bekräftigen wir unser Angebot zur konstruktiven Zusammenarbeit mit der neuen Landesregierung.

B. Die wichtigsten Handlungsfelder

I. Strukturelle Transformation begleiten und Industriestandort Saarland sichern

Erfolgreiche strukturelle Transformation im Saarland bedeutet: Sicherung des Industriestandorts durch Bewahrung des industriellen Kerns bei gleichzeitiger Diversifikation der Wirtschaftsstruktur. Letzteres erfordert aufgrund der Branchengewichte insbesondere die Ansiedlung von innovativen Technologieanbietern für zukünftige nachhaltige Mobilität sowie die Etablierung „grüner“ Technologien. In diesem Zusammenhang wäre die erfolgreiche Ansiedlung von SVOLT ein wichtiges Signal, dass alle Politikebenen im Land den Strukturwandel ernsthaft angehen.

Zugleich sollte die Politik den Prozess der strukturellen Transformation auch dadurch begleiten, dass sie exzellente Bedingungen für neue, zukunftsweisende Wertschöpfungszentren schafft – etwa in der Wasserstoff- oder in der Kreislaufwirtschaft. Hier besteht erhebliches Potenzial. Denn der Aufbau von Recyclingkapazitäten für ausrangierte Antriebsbatterien von Elektrofahrzeugen kommt in Deutschland nur schleppend voran. Das Saarland sollte daher bei der Schaffung entsprechender Entsorgungs- und Recyclinganlagen einen Gang höher schalten. Gelingt dies, könnte das Land auf diesem Gebiet im Verbund mit einer erfolgreichen SVOLT-Ansiedlung eine Pionierrolle einnehmen.

Dem Saarland mit seinen Wertschöpfungsschwerpunkten in der Stahlerzeugung und -verarbeitung, dem Fahrzeugbau und dem Anlagenbau bietet darüber hinaus Wasserstoff enorme Chancen. Damit Wasserstoff aber zu einem Wachstumstreiber an der Saar werden kann, sind hierfür zügig die Grundlagen zu schaffen. Dies betrifft insbesondere eine geschlossene und leistungsstarke Wasserstoffinfrastruktur.

Ermutigend ist deshalb, dass die Landesregierung in ihrer Wasserstoffstrategie Ziele und Handlungsfelder definiert hat. Mit der Wasserstoffproduktion am Hydrohub-Fenne, dem Projekt mosaHYc zum H₂-Transport innerhalb der Großregion und mit H₂Syngas, mit dem Saarstahl und Dillinger den Einsatz des Gases im Hochofenprozess voranbringen wollen, sind erste wichtige Schritte getan. Und auch der avisierte

Zukunftscampus Wasserstoff im Landkreis Saarlouis zielt flankierend darauf ab, schon vorhandene Forschungs- und Entwicklungskompetenzen zu bündeln und neue zu gewinnen.

Damit die Transformation des Saarlandes von einem klassischen Automobil- und Stahlstandort zu einem Zentrum für innovative Technologien für zukünftige nachhaltige Mobilität sowie „grünen“ Stahl gelingt, müssen zudem hinreichende Möglichkeiten zur Anpassungsqualifizierung der Beschäftigten geschaffen werden.

Offen ist allerdings, wie der enorme Strombedarf, der für die Erzeugung von Wasserstoff im industriellen Maßstab benötigt wird, kostengünstig, versorgungssicher und CO₂-frei gedeckt werden soll. Auf diese drängende Frage muss die neue Landesregierung belastbare Antworten liefern.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Saarland einst ein Stromexportland war, als noch heimische Steinkohle in den Kraftwerken eingesetzt wurde. Damit blieb die daraus entstehende Wertschöpfung weitgehend im Lande und leistete einen nicht unbeträchtlichen Beitrag zu Wohlstand und Beschäftigung. Mittlerweile sind die Steinkohlenkraftwerke in die Netzreserve gewechselt, bereits stillgelegt oder zur Stilllegung angemeldet. Und selbst mit dem bereits erfolgten Ausbau der erneuerbaren Energien kann das Saarland deshalb heute weniger als die Hälfte seines Stromverbrauchs aus eigenen Quellen decken und ist zu einem Stromimportland geworden. Zur Verbesserung dieser Situation soll bis 2030 die Nutzung erneuerbarer Energien deutlich weiter ausgebaut werden. Um dies zu erreichen, ist es einerseits erforderlich, die dafür notwendigen Flächen für mehr Windkraft- und PV-Anlagen in der Landesplanung auszuweisen und andererseits die Genehmigungsverfahren, soweit das Land diese beeinflussen kann, zu beschleunigen. Wichtig ist dabei auch die digitale Ertüchtigung und der Ausbau der Netzinfrastruktur. Und dies nicht nur, um künftige erneuerbare Energieanlagen anzuschließen, sondern auch vor dem Hintergrund des zunehmenden Strombedarfs durch die steigende Nachfrage nach E-Mobilität.

Unabhängig von dieser Problematik belasten die hohen Energiekosten die Unternehmen der Saarwirtschaft auf breiter Front. Die saarländische Landesregierung

sollte daher ihre Einflussmöglichkeiten im Bund nutzen, um nachhaltige Entlastungen beim Strompreis zu erreichen. Denn wenn die Kosten immer weiter steigen, werden die Unternehmen kaum noch in der Lage sein, die erforderlichen Mittel für die Investitionen in den klimafreundlichen Umbau zu erwirtschaften. Deshalb kommt es jetzt darauf an, unverzüglich wirksame Entlastungen auf den Weg zu bringen. Wir begrüßen daher den vollständigen Wegfall der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022 als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Diesem müssen aber zügig weitere folgen, wie etwa die Reduktion der Stromsteuer für gewerbliche Nutzung auf das EU-Mindestniveau von 0,05 ct/kWh. Perspektivisch sollte sich die Landesregierung zudem nach Kräften für eine Abschaffung aller nationalen Sonderabgaben auf den Stromeinsatz einsetzen.

In der Summe würden die Unternehmen dadurch nicht nur aktuell entlastet, sondern auch ihre Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig verbessert. Und nur wettbewerbsfähige Unternehmen sind überlebensfähig und in der Lage, unseren Wohlstand zu sichern und wirksame Beiträge zur Erreichung unserer ambitionierten Klimaschutzziele zu leisten.

IHK-Appelle:

- Industriellen Kern bewahren, Diversifikation vorantreiben
- Zukunftsfähigkeit der Stahl- und Automobilindustrie sichern
- Wasserstoffwirtschaft und Kreislaufwirtschaft fördern
- Anpassungsqualifizierung der Beschäftigten fördern
- Versorgungssicherheit mit klimafreundlicher Energie sicherstellen
- Verringerung von Steuern und Abgaben auf den Stromeinsatz

II. Standortattraktivität erhöhen, Standortkosten senken

Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen sind das zentrale Element, um in absehbarer Zeit neues Wachstum und mehr Beschäftigung im Saarland zu generieren. Insofern sollte die neue Landesregierung all jene Faktoren in den Blick nehmen, die die Netto-Rendite einer Investition und damit unternehmerische Standortentscheidungen beeinflussen.

Hierbei weist das Saarland mehrere Standortnachteile auf. Ganz entscheidend ist die Höhe der Gewerbesteuerhebesätze. Aufgrund der Anhebung der Hebesätze mussten hiesige Unternehmen allein im Jahr 2020 gegenüber bundesdeutschen Mitbewerbern eine Mehrbelastung von 48 Millionen Euro bzw. ein Plus von 11,3 Prozent schultern.

Die relativ hohe Gewerbesteuerlast schadet dem Wirtschaftsstandort Saarland gleich in mehrfacher Hinsicht: Sie verringert die Chancen auf Ansiedlungen neuer Betriebe, schwächt die Investitionskraft bestehender Unternehmen und belastet deren Wettbewerbsfähigkeit.

Eine deutliche Senkung der Gewerbesteuerhebesätze ist deshalb dringend geboten – auch deshalb, um die im Zuge der Corona-Pandemie erheblich verringerte Eigenkapitalbasis der Unternehmen und damit ihre Investitionskraft zu stärken. Nur so können die Unternehmen die strukturelle und digitale Transformation meistern und im Wettbewerb punkten.

Wir appellieren daher an die neue Landesregierung, zusammen mit den Kommunen einen Pakt zur Gewerbesteuerentlastung zu schließen. Aus Sicht der IHK müssen die Hebesätze im Schnitt zügig um ein Fünftel gesenkt werden. Die daraus resultierenden Mindereinnahmen sollten für die Dauer von drei Jahren vom Land kompensiert werden. Damit wäre für die Kommunen der klare Anreiz verbunden, den Zeitraum zu nutzen, um sich wirtschaftsfreundlicher aufzustellen: Etwa mit neuen Flächen für Industrie und Gewerbe, einer digitalen Verwaltung und schnellem Internet.

In der Summe wäre dies zugleich ein wichtiges Willkommenssignal an potenzielle Investoren, die mit ihrem finanziellen Engagement im Saarland neue Arbeitsplätze schaffen sowie für zusätzliche Kaufkraft und mehr Steuereinnahmen sorgen. Mittelfristig würde sich dadurch die Finanzkraft der Kommunen sogar verbessern.

Doch eine deutliche Reduzierung der Gewerbesteuerhebesätze allein reicht nicht aus. Denn das Saarland liegt auch bei der Grunderwerbssteuer mit einem Satz von 6,5 Prozent bundesweit an der Spitze. Zudem sind weitere Gebühren und Abgaben um ein Vielfaches höher als im Rest der Republik. Hierzu zählen etwa im Umweltbereich

der Wassercent oder die pauschalen Kosten für wiederkehrende Umweltinspektionen in der Industrie. Andere Bundesländer verzichten ganz auf diese Gebühren. Alles in allem steht dieser zusätzlichen Belastung kein entsprechender wirtschaftspolitischer Mehrwert entgegen – ganz im Gegenteil.

Die neue Landesregierung ist daher gefordert, alle Potenziale zur Kostensenkung sowie zur Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungshandeln zu nutzen: In allen Bereichen, wo der Standort im Vergleich zu anderen Regionen nicht besser ist, muss er günstiger sein.

Die saarländische Wirtschaft ist sich bewusst, dass der Schutz des Klimas und die Anpassung an den Klimawandel eine der zentralen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft darstellt und bekennt sich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens und nachhaltigen Entwicklung. Saarländische Unternehmen stellen sich dieser Verantwortung, durch Innovationen bei Prozessen, Produkten und Dienstleistungen. Allerdings sieht die Saarwirtschaft zunehmend politischen Handlungsbedarf, um die Risiken für die heimischen Unternehmen und ihre Beschäftigten abzuwenden, die aus dem Transformationsprozess zu einer klimaneutralen Wirtschaft entstehen. Denn bereits heute setzt die Verschärfung der Klimaschutzziele auf europäischer und nationaler Ebene die Saarindustrie und den saarländischen Mittelstand unter erheblichen Anpassungsdruck. Da diese Vorgaben sektorspezifisch und tiefgreifend sind, besteht kein Bedarf für ein eigenes saarländisches Klimaschutzgesetz. Aus Sicht der IHK wäre mit einem derartigen Gesetz vielmehr eine neue, schwere Hypothek für den Wirtschaftsstandort Saarland verbunden, die Investoren abschrecken würde. Stattdessen sollte die Politik auf allen Ebenen die ökonomischen, ökologischen, sozialen und zeitlichen Wechselwirkungen klimapolitischen Handelns stärker berücksichtigen, damit auch die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen dem steigenden Transformationsdruck standhalten können.

IHK-Appelle:

- Gewerbesteuersenkungsprogramm für die Kommunen auflegen
- Grundsteuer und Umweltgebühren mindestens auf Bundesdurchschnitt senken
- Potenziale zu Kostensenkungen, Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungshandeln nutzen

- Landesprogramm zur Förderung der Innenstädte auflegen
- Verzicht auf ein saarländisches Klimaschutzgesetz

III. Landes- und Kommunalfinanzen sichern, öffentliche Investitionen erhöhen

Um die Investitionskraft der Kommunen zu stärken, müssen sie von ihren drückenden Kassenkrediten entlastet werden. Der Saarlandpakt war hierfür ein erster wichtiger Schritt, der aber bei weitem nicht ausreicht. Erforderlich ist daher eine weitere Entlastung. Dies erfordert eine Altschuldenregelung unter Beteiligung des Bundes. Hierfür sollte sich die neue Landesregierung weiterhin und mit aller Kraft einsetzen.

Begleitend dazu muss die öffentliche Hand ihre Sparanstrengungen im konsumtiven Bereich intensivieren. So leistet sich das Saarland mit dem im bundesweiten Vergleich vierthöchsten Stellenbesatz auf Landes-, Kreis- und Kommunalebene noch immer mehr Personal als andere. Um das nachhaltig zu ändern, müssen die Verwaltungsstrukturen auf den Prüfstand. Mehr Digitalisierung und mehr interkommunale Zusammenarbeit würden zu mehr Effizienz beitragen.

Eine klare und unvoreingenommene Priorisierung der öffentlichen Aufgaben und Ausgaben zeigt Sparpotenziale auf. Werden diese gehoben, öffnen sich finanzielle Spielräume für Zukunftsinvestitionen, Bildung und Forschung sowie Wirtschaftsförderung.

Die neue Landesregierung sollte erstens die Kommunen gerecht und fair an der Entlastung des Saarlandes durch den Bund-Länder-Finanzausgleich beteiligen, indem sie die kommunalen Investitionsbudgets deutlich aufstockt. Zweitens sollte sie auch selbst durch mehr Investitionen in die Infrastruktur die Investitionslücke zum Durchschnitt der Länder schließen. Grundlage sollte eine mehrjährige Investitionsplanung mit klaren Prioritäten sein. Unter diesen Voraussetzungen wird es zu echten Innovationsschüben durch private Investitionen und zu weiteren Neuansiedlungen zukunftssträchtiger Unternehmen kommen.

IHK-Appelle:

- Entlastung der Kommunen und Stärkung ihrer Investitionskraft durch Übernahme der verbleibenden Kassenkredite durch den Bund
- Aufgabenkritik und klare Prioritätensetzung auf Landes- und Kommunalebene
- Überprüfung der Verwaltungsstrukturen mit dem Ziel der Personaleinsparung auf Land-, Kreis- und Kommunalebene
- Anreize zur Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit setzen (horizontale Kooperation), Kooperation zwischen Landes-, Kreis- und Kommunalverwaltungen ausbauen (vertikale Kooperation)
- Aufstockung kommunaler Investitionsbudgets und mehrjährige Investitionsplanung mit klarer Priorisierung

IV. Landesbauordnung verschlanken, Brandschutz maßvoll gestalten, Flächenpolitik zukunftsgerichtet betreiben

Politische Entscheidungen verteuern das Bauen immer mehr. Insbesondere die steigende Flut an baurechtsbezogenen Gesetzen und Verordnungen, restriktiven bauordnungsrechtlichen und energetischen Vorgaben sowie technischen Normen überfordern viele mittelständische Bauunternehmen und Bauherren. Unverhältnismäßig lange Planungs- und Genehmigungsverfahren, insbesondere beim Brandschutz, treiben die Baukosten zusätzlich in die Höhe und erhöhen das Risiko. Ziel muss es sein, dass das Saarland in der kommenden Legislaturperiode eine Landesbauordnung erhält, die zum Bauen animiert. Dazu ist die Rückkehr zum Vier-Augen-Prinzip beim Brandschutz unerlässlich. Darüber hinaus sollten alle neuen Normen und Vorschriften einem Kosten-Nutzen-Check unterzogen werden. Zudem würde die vollständige Digitalisierung und Automatisierung des Bauantrags- und Baugenehmigungsverfahrens die Position des Landes im Standortwettbewerb deutlich verbessern.

Industrie und Logistik brauchen Raum. Tatsächlich aber werden Industrie- und Gewerbeflächen im Saarland zunehmend knapp. Dieser Flächenmangel droht zu einer weiteren Wachstumsbremse zu werden. Die Politik muss daher die Voraussetzung dafür schaffen, dass Flächen für Ansiedlungen und Erweiterungen in ausreichender

Qualität und Quantität zur Verfügung stehen, die zudem kurzfristig verfügbar und planungsrechtlich abgesichert sind. Mit der Entwicklung des Masterplans II Industrieflächen hat die Landespolitik die Notwendigkeit einer vorausschauenden Flächenpolitik erkannt. Nun gilt es, im neuen Landesentwicklungsplan auch tatsächlich Vorranggebiete für Industrie und Gewerbe in mindestens dem gleichen Umfang wie im bestehenden Plan zu reservieren.

IHK-Appelle:

- Landesbauordnung verschlanken, Digitalisierung von Bauanträgen und -genehmigungen saarlandweit vorantreiben
- Rückkehr zum Vier-Augen-Prinzip beim Brandschutz
- Neue baubezogene Gesetze und Normen einem Kosten-Nutzen-Check unterziehen
- Vorranggebiete für Industrie und Gewerbe im Landesentwicklungsplan sichern

V. Demografischen Wandel gestalten, Arbeitskräfte- und Fachkräftesicherung vorantreiben

Im Saarland werden die Bevölkerung und damit auch das Erwerbspersonenpotenzial weiter deutlich schrumpfen. Laut Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts werden dem Arbeitsmarkt bis 2030 rund 80.000 Personen weniger zur Verfügung stehen – ausgehend von heute 610.000. Das entspricht einem Rückgang um 13 Prozent.

Trotz hoher Ausbildungsbereitschaft, niederschwelligem Recruiting und vielerorts hoher Arbeitgeberattraktivität leiden die Unternehmen zunehmend unter Personalengpässen. In vielen Branchen droht der Arbeitskräftemangel sogar zur Wachstumsbremse zu werden. Dies ist ein deutliches Alarmsignal, das aufrütteln muss. Vor diesem Hintergrund muss die Sicherung des Arbeitskräftebedarfs in der saarländischen Wirtschaftspolitik einen prioritären Stellenwert einnehmen. Die Maßnahmen des Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar sind daher forciert fortzuführen. Unerlässlich ist es, parallel dazu die Attraktivität des Standortes zu steigern, um neben Investoren auch Arbeitskräfte anzuziehen und diese im Land zu halten. Um die

angespannte Situation zu entschärfen, bedarf es zudem rasch größerer Anstrengungen – etwa im Bereich der Unterstützung junger Menschen bei ihrer Ausbildungs-, Studien- und Berufsorientierung sowie bei der Steigerung der noch immer im Bundesvergleich unterdurchschnittlichen Erwerbsquoten und des Arbeitsvolumens von Frauen, Älteren und Migranten.

IHK-Appelle:

- Potenzial der Älteren durch Weiterbildung, altersgerechte Arbeitsplätze, altersgemischte Teams und Gesundheitsförderung stärker nutzen
- Frauen-Erwerbsbeteiligung durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen, Steigerung der Erwerbsquote von derzeit 72 Prozent mindestens auf Bundesniveau (76 Prozent), insbesondere durch
 - den Ausbau der Kita-Betreuungsangebote,
 - größere Flexibilität bei den Betreuungszeiten,
 - mehr gebundene Ganztagschulen,
 - leistungsfähige Einrichtungen und Dienste zur Betreuung pflegebedürftiger älterer Menschen
- Geflüchtete und hier länger lebende Migranten besser in den Arbeitsmarkt integrieren
- Abwanderung durch Erhöhung der Bindekraft des Saarlandes und Steigerung der Standortattraktivität stoppen
- Qualifizierte Zuwanderung steigern, insbesondere durch eine gemeinsam mit der Saarländischen Wirtschaft entwickelte ganzheitliche, kohärente Anwerbestrategie des Landes mit dem Ziel einer verstärkten Rekrutierung aus Ländern mit Angebotsüberhängen, vorzugsweise aus dem EU-Binnenmarkt
- Saarland-Marketing zielgerichteter im Wettbewerb der Regionen um Arbeitskräfte positionieren, d. h. in erster Linie Saarland-Marketing potenzialorientiert fokussieren und „nach außen“ richten
- Duale Ausbildung durch qualifiziertere Berufsorientierung an den Schulen stärken
- Mehr Studienabbrecher für duale Ausbildung gewinnen
- Stärkung der Ingenieurwissenschaften an den Hochschulen durch nachhaltige Finanzierung der entsprechenden Studiengänge und deren zielgerichtete Bewerbung auch über die Landesgrenzen hinweg,

- Förderung der außerschulischen Lernorte (z. B. Schülerlabore),
- Gewinnung von mehr jungen Frauen für technische Studiengänge,
- Reduzierung der Abbrecherquoten und Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit von Absolventen durch mehr Praxisbezug und den Ausbau betriebswirtschaftlicher und kommunikativer Kompetenzen während des Studiums

VI. Saar-Hochschulen bedarfsorientiert ausrichten

Die Universität des Saarlandes und die htw saar sind – neben den zahlreichen renommierten Forschungsinstituten im Lande – wichtige Unterstützer bei der Gestaltung des Strukturwandels. Damit sie noch breitere Wirkung entfalten können, muss ihr wissenschaftliches Profil allerdings stärker an den Bedarfen der Wirtschaft und den Potenzialen des Standorts ausgerichtet und der Wissenstransfer in die Unternehmen intensiviert werden.

Der wichtigste Beitrag der Hochschulen zum Strukturwandel besteht jedoch darin, viele junge Menschen möglichst gut auszubilden. Angesichts des Anspruchs des Saarlands auch künftig ein Industrieland bleiben zu wollen, folgt daraus in allererster Linie eine Stärkung der Ingenieurwissenschaften. Zwar hebt sich die Unterscheidung zwischen Ingenieuren und Informatikern insbesondere angesichts der voranschreitenden Digitalisierung der Produktion und der daraus resultierenden Anforderungen an die Kompetenzprofile zunehmend auf. Doch bleibt eine solide wie auch zeigemäße Vermittlung ingenieurwissenschaftlicher Kenntnisse die Grundlage industrieller Exzellenz.

Das Saarland wird bei Zukunftsthemen wie Industrie 4.0, neue Antriebstechniken und autonomes und vernetztes Fahren mithin nur punkten können, wenn die Unternehmen dazu genug entsprechend qualifizierte Absolventen technischer Studiengänge finden. Doch die sind hierzulande inzwischen knapp. Neben Bauingenieuren werden vor allem Elektrotechniker, Maschinenbauer, Wirtschaftsingenieure, Produktionstechniker und Mechatroniker sowie Absolventen des Studiengangs Systems Engineering gesucht. Hoher Bedarf besteht auch an Fahrzeugtechnikern, Verfahrenstechnikern und Versorgungstechnikern. Perspektivisch wird sich die Nachfrage weiter erhöhen, denn

der demografische Wandel hat auch im Ingenieurbereich einen hohen Ersatzbedarf zur Folge. Rund 1.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ingenieure werden in den nächsten fünf Jahren aus dem Berufsleben ausscheiden. Hinzu kommt der Zusatzbedarf an Ingenieuren, etwa um neue Geschäftsfelder zu erschließen oder die Digitalisierung der Produktionsprozesse voranzutreiben. Insofern gilt: Wer die Innovationskraft der Saar-Industrie stärken will, muss zuallererst die Ingenieurausbildung an den Saar-Hochschulen ausbauen, wobei insbesondere die Materialwirtschaft die Chance bietet, der Ingenieurausbildung im Saarland internationale Aufmerksamkeit zu verleihen.

Das heißt: Neben einer personellen und finanziellen Stärkung des Fächerangebots und der Forschung gilt es, im Hinblick auf Quantität und Qualität der Ingenieurausbildung wie auch aller anderer Studiengänge, die Studiengänge auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene zielgerichteter zu bewerben, Abbrecherquoten zu reduzieren und die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen durch mehr Praxisbezug und den Ausbau betriebswirtschaftlicher und kommunikativer Kompetenzen während des Studiums zu erhöhen.

IHK-Appelle:

- Saar-Hochschulen noch deutlicher am Bedarf der Saarlwirtschaft ausrichten
- Hochschulstandort Saar im In- und Ausland stärker bewerben
- Ingenieurausbildung stärken und ausbauen
- Abbrecherquoten durch Stärkung der Lehre reduzieren
- Praxisbezug der Studieninhalte verbessern, Beschäftigungschancen der Absolventen erhöhen

VII. Nachhaltige Mobilität und Verkehrsinfrastruktur fördern

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Saarland wird auch von der Qualität der Verkehrsanbindungen entscheidend geprägt. Die Vorteile, die sich aus der zentraleuropäischen Lage des Landes ergeben, werden ökonomisch nur dann wirksam, wenn sie sich in kurzen Reisezeiten und günstigen Frachttarifen niederschlagen. Essentiell ist deshalb eine hochwertige Einbindung des Landes in die

europäischen und nationalen Verkehrsnetze. Ausgehend vom jetzigen Zustand erfordert dies Investitionen in den Erhalt und den Ausbau der Straßen- und Schieneninfrastruktur, in die Wasserstraßen sowie in die Zukunft des Flughafens Saarbrücken über das bisherige Maß hinaus.

Eine klimafreundliche und nachhaltige Mobilitätswende im Saarland muss auch den Bedürfnissen der Saarländerinnen und Saarländer und der Saarwirtschaft Rechnung tragen. Deshalb gilt: Bedarfsgerechter Ausbau des ÖPNV, keine Restriktionen für einzelne Verkehrsträger und ein klares Bekenntnis zur Technologieoffenheit (Wasserstoff, Elektro, E-Fuels etc.).

Damit das Saarland sich als ein Anbieter von Mobilitätslösungen der Zukunft etablieren kann, muss es zudem die autonome Mobilität in den Blick nehmen: Durch den bedarfsgerechten Aus- und Aufbau der dazu erforderlichen Infrastruktur sowie eines entsprechenden, vernetzten Dienstleistungsangebots.

IHK-Appelle:

- Einbindung des Saarlandes in die europäischen und nationalen Verkehrsnetze stärken
- Investitionen in die Infrastruktur aller Verkehrsträger erhöhen
- Umsetzung der Nordsaarlandstraße
- Klares Bekenntnis zum Flughafen Saarbrücken und Investitionen in dessen Zukunft über das bisherige Maß hinaus
- Ausrichtung der klimafreundlichen Mobilitätswende an den Bedürfnissen der Unternehmen und Bürger
- Zukunftschancen durch Technologieoffenheit eröffnen

VIII. Digitale Infrastruktur ausbauen, Digitalisierung und Innovationen vorantreiben

Die Digitalisierung der Wirtschafts- und Verwaltungsprozesse gilt als der Produktivitätstreiber der Zukunft. Die Digitalisierung hat damit auch das Potenzial, den Arbeitskräftemangel im Saarland zu dämpfen.

Damit die Digitalisierung aber einen signifikanten Wachstumsbeitrag an der Saar leisten kann, müssen erst die hierfür nötigen Bedingungen geschaffen werden. D.h. hinsichtlich der digitalen Infrastruktur sind die nächsten Ausbauschritte wie etwa FTTH (Glasfaseranschluss bis ins Haus) und 5G voranzutreiben, und zwar vorrangig in Gewerbegebieten. Begleitend hierzu müssen die Rahmenbedingungen für mehr zukunftsfähige Arbeitsplätze in einem Innovationsökosystem verbessert werden. Die Stichworte lauten: Stärkung der Gründerkultur, der F&E-Aktivitäten der Unternehmen und des Wissenstransfers von den Saar-Hochschulen in die Wirtschaft. Begleitend dazu ist eine Ausweitung von Förderprogrammen zur Steigerung des digitalen Reifegrades von KMU geboten.

IHK-Appelle:

- Digitalisierung der Verwaltungsleistungen vorantreiben
- Genehmigungsprozesse verschlanken
- KMU bei der Steigerung ihres digitalen Reifegrades unterstützen
- Digitale Infrastruktur ausbauen, Glasfaser- und 5G-Netze priorisieren
- Digitale Ökosysteme zur Stärkung innovativer Gründungen und des Wissenstransfers entwickeln und fördern

IX. Rahmenbedingungen für Gründungen verbessern

Pro eine Million Einwohner fanden im letzten Jahrzehnt im Saarland pro Jahr 800 Gründungen weniger statt als im Bundesschnitt. Um dem Strukturwandel mehr Dynamik zu verleihen, braucht es mehr Unternehmensgründungen. Dies wiederum erfordert eine Stärkung der Gründerkultur und Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Existenzgründungen. Das heißt: Verankerung von Entrepreneurship- und Finance-Education in den Lehrplänen der Schulen und Studienordnungen der Hochschulen, mehr Anreize für Professoren, Gründungsvorhaben zu unterstützen sowie die Anrechnung von Gründungsaktivitäten Studierender auf deren Studienleistungen und eine Ausweitung des Gründerstipendiums.

Im Hinblick darauf, dass junge, innovative Unternehmen darauf angewiesen sind, dass ihre spezifischen Bedürfnisse auch in Gesetzen und Verordnungen Berücksichtigung finden, spricht sich die IHK außerdem für einen standardmäßigen Startup-Check aus. Ziel dieses Instruments muss es sein, dass der Gesetzgeber die Belange von Gründern und Startups bereits bei der Ausgestaltung neuer Normen sowie bei Novellierungen von Gesetzen und Verordnungen stärker in den Blick nimmt. Eine Befreiung von Existenzgründern und jungen Unternehmen von landesbezogenen Statistik- und Meldepflichten würde überdies die Rahmenbedingungen nochmals verbessern. Schließlich braucht es mehr Wagniskapital im Land, d.h. eine Aufstockung der öffentlichen Gründerfonds und einen unbürokratischen Zugang zu diesen Mitteln.

IHK-Appelle:

- Gründungsdynamik zur Unterstützung des Strukturwandels beschleunigen
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Existenzgründungen, insbesondere Startup-Check bei Gesetzen und Verordnungen sowie Befreiung von kostenträchtigen Statistik- und Meldepflichten
- Gründerkultur stärken, junge Menschen für Unternehmertum begeistern, Entrepreneurship- und Finance-Education als Lehrinhalte in Schulen und Hochschulen einführen
- Gründungen von Hochschulabsolventen fördern
- Wagniskapitalausstattung von Gründern verbessern

X. Attraktivität der Innenstädte erhöhen

Attraktive Innenstädte sind ein wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb der Regionen um Investitionen und Fachkräfte. Seit jeher war der Einzelhandel ein zentrales Merkmal und ein maßgeblicher Frequenzbringer der Innenstädte. Innerstädtische Einkaufsmöglichkeiten und urbane Attraktivität stehen in enger Symbiose zueinander. Doch seit geraumer Zeit deuten sich massive strukturelle Herausforderungen an, die durch die Corona-Pandemie nun noch stärker zu Tage getreten sind und dringenden Handlungsbedarf begründen. Denn der Einzelhandel allein ist nicht mehr Zugpferd und Problemlöser für die Innenstadt.

So verliert der stationäre Einzelhandel stetig Marktanteile an den Onlinehandel. Diese Entwicklung erschwert die ohnehin schon schwierige Suche nach Geschäftsnachfolgern. Im Ergebnis nimmt der Leerstand in den städtischen Zentren in besorgniserregendem Maße zu. Parallel dazu verändert sich das Freizeitverhalten in der Gesellschaft. Die Menschen kommen nicht mehr primär zum „Shoppen“ in die Innenstadt, sondern es geht ihnen um das „Gesamterlebnis Innenstadt“. Schließlich müssen sich die Städte der Klimaveränderung anpassen und über soziale Einrichtungen Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen ansprechen.

Um angesichts dieser Entwicklungen die Attraktivität der Innenstädte auch in Zukunft zu sichern, bedarf es einer Neuausrichtung des Stadtmarketings – mit frischen Ansätzen, zusätzlichen Protagonisten und einem neuen Bewusstsein. Um die beachtlichen Zukunftsaufgaben bestehen zu können, müssen die saarländischen Städte vom Land jedoch entsprechend finanziell unterstützt werden. Gleichzeitig müssen sie selbst entscheiden können, wie sie den sich verändernden Anforderungen an ihre Funktionen sowie den von unterschiedlichen Anspruchsgruppen geäußerten Erwartungen und Wünschen an die „neue Stadt“ entsprechen.

IHK-Appelle:

- Einrichtung von „Bündnissen für die Innenstadt“, die die verschiedenen Interessenlagen und Kompetenzen der Akteure kanalisieren, den Horizont zur Problemlösung und Attraktivitätssteigerung erweitern sowie gemeinsam Lösungen mit dem Ziel erarbeiten, den Erlebnischarakter der Innenstädte zu stärken
- Unterstützung der Kommunen bei der Etablierung eines professionellen Stadt- und Citymanagements sowie eines aktiven Leerstands- und Flächenmanagements
- Förderung von digitalen Lösungen für Einzelhandel, Hotellerie und Gastronomie durch entsprechende Landesprogramme
- Etablierung eines Landessonderprogramms zur finanziellen Förderung der Innenstädte nach dem Vorbild des Landes Hessen